

Herr Zala, am 27. September stimmen die Schweizer über die Volksinitiative zur „Wahrung der schweizerischen Neutralität“ ab. Ist das nötig? Ist die Neutralität der Schweiz in Gefahr?

Nein, absolut nicht. Das Ganze ist eine Mogelpackung. Niemand in der Schweiz will die Neutralität aufgeben. Im Kern geht es bei dieser Initiative darum, der Schweiz die Übernahme von Wirtschaftssanktionen gegen Krieg führende Staaten zu verbieten. Sie müsste also eigentlich als „Sanktionsverhinderungsinitiative“ firmieren.

Treibende Kraft hinter der Neutralitätsinitiative ist die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei (SVP). Deren Doyen Christoph Blocher sagt, indem sich die Schweiz den EU-Sanktionen gegen den Kreml anschloss, habe sie ihre Neutralität aufgegeben und sei zur „Kriegspartei“ geworden.

Das ist doppelter Unsinn. Während des Kalten Kriegs gab es wegen der Veto-rechte im Sicherheitsrat nur sehr wenige internationale Sanktionen, denen sich die Schweiz überhaupt hätte anschließen können. Aber nach 1990 ist die Schweiz allen möglichen Sanktionen gefolgt. Insofern bedeutet die Haltung gegenüber Russland nur eine Fortsetzung der Schweizer Außenpolitik. Und die Behauptung, dass wir zur Kriegspartei geworden seien, ist schlicht falsch. Sie zeigt, dass die Vorstellungen und Konzepte zur Neutralität derart breit und verschwommen sind, dass man darunter verstehen kann, was man will. Wenn man die Neutralität auf den Kern des Völkerrechts zurückbringt, also auf die Haager Konvention aus dem Jahr 1907, dann besagt sie nur, dass der Neutrale nicht an Kriegen teilnimmt und sein Territorium Krieg führenden Mächten nicht zur Verfügung stellen darf. Auch Staaten wie Deutschland und Frankreich sind durch ihre Unterstützung der Ukraine nicht automatisch zu Kriegsparteien geworden. Grundsätzlich waren in der Geschichte die meisten Staaten in den meisten Konflikten neutral.

Die Initiative zielt darauf, Wirtschaftssanktionen faktisch zu verbieten. Dadurch wäre die Schweiz laut Blocher vor einem Angriff der Russen geschützt.

Erstens gilt festzuhalten, dass Sanktionen im Haager Recht gar nicht auftauchen. Ein System der kollektiven Sicherheit wurde nämlich erst nach dem Ersten Weltkrieg mit der Schaffung des Völkerbunds etabliert. Zweitens ist ganz Europa, einschließlich der Schweiz, längst Opfer der hybriden Kriegsführung Russlands. Wenn ein Land wie Burkina Faso internationale Sanktionen nicht übernimmt, dann ist das der EU und den Amerikanern weitgehend egal. Das schmerzt niemanden. Bei der Schweiz ist das anders. Die Schweiz ist im Gegensatz zu ihrer Selbstwahrnehmung als niedliche kleine Heidi-Alpenrepublik wirtschaftlich mindestens eine größere Mittelmacht. Es ist naiv anzunehmen, dass unsere Partner im Westen Nachteile in Kauf nehmen, nur weil wir über unsere Neutralitätspolitik philosophieren.

Nach dem Einmarsch der Russen in der Ukraine im Februar 2022 wollte die Schweizer Regierung die Wirtschaftssanktionen der EU zunächst nicht übernehmen. Erst nach ein paar Tagen schloss sie sich diesen doch noch an.

Unterschätzen Sie bitte nicht die Langsamkeit der Schweizer Politik. Die rasche Angleichung an die westliche Sanktionspolitik stand meines Erachtens einerseits im Zeichen der Realpolitik und erfolgte unter erheblichem Druck der USA und der europäischen Staaten, andererseits aber auch in einer langen Tradition der politischen und wirtschaftlichen Einbindung der Schweiz in das westliche Lager, die bis in den Kalten Krieg zurückreicht. Die Schweizer Neutralität hat im Ausland mitunter einen miserablen Ruf. Sie wird dort als ein Instrument wahrgenommen, das vor allem dazu dient, ungestört Geschäfte zu machen. Aber für die meisten Schweizerinnen und Schweizer ist die Neutralität vor allem identitätsstiftend, gewissermaßen der Kitt der Nation. Entsprechend wird sie mit einem hohen ethischen und moralischen Wert verbunden.

Was halten Sie von dem pazifistischen Marketing der Initiative, die mit dem Slogan „Kein Krieg“ und einer Friedenstaube wirbt?

Die Initianten schüren Kriegsängste und versuchen mit ihrer Kampagne, Stimmen im linken und pazifistischen Lager zu sammeln. Ich bin verblüfft über die Wahrnehmung, dass die Neutralität uns wie ein magischer Schild vor Kriegen schützt. Schauen Sie am Flughafen mal uns Schweizern vor der Passkontrolle zu. Wir halten den roten Pass wie ein Schutzschild vor die Brust, als wollten wir damit zeigen, dass man uns nichts antun dürfe, weil wir neutral sind. Die Schweiz leidet unter einem Asterix-Syndrom.

„Die Neutralität war immer auch ein Geschäftsmodell“

Die Schweizer stimmen darüber ab, alle Sanktionen gegen Russland aufzuheben, um vor Putin sicher zu sein. Der Historiker Sacha Zala hält die Initiative für eine Mogelpackung.

Wie meinen Sie das?

Wir sehen uns als kleines gallisches Dorf und die Neutralität als Zauberspruch, der uns Schutz und Kraft verleiht. Dabei hat die Neutralität nur so lange Bestand, wie sie auch im Ausland respektiert wird. Wie fragil die Neutralität ist, haben alle im Zweiten Weltkrieg gesehen. Hitler hat neutrale Staaten wie Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Dänemark und Norwegen überfallen. Es gibt keinen automatischen Schutz aus der Neutralität heraus.

Die Befürworter der Initiative führen die Neutralität als Grund dafür an, dass die Schweiz in den Weltkriegen verschont geblieben ist. Wie sehen Sie das? Hatte irgendeine Krieg führende Partei Interesse daran, die Schweiz aus dem Zweiten Weltkrieg herauszuhalten?

Die Schweiz griff den Nazis wirtschaftlich unter die Arme. Dabei spielte die sogenannte Clearing-Milliarde eine wichtige Rolle. Das muss man sich etwa wie eine Kreditkarte vorstellen, über die Deutschland bei Schweizer Unternehmen beispielsweise Maschinen, Präzisionsinstrumente und Dual-use-Güter kaufen konnte. Die wirtschaftlichen Zugeständnisse sollten nicht zuletzt Arbeitsplätze und Absatzmöglichkeiten der Schweizer Industrie sichern; zugleich gehörten die Wirtschaftsbeziehungen zu jener Politik der Anpassung, mit der die Schweiz ihre Handlungsfähigkeit gegenüber dem nationalsozialistisch beherrschten Europa zu bewahren versuchte. Die Schweiz diente den Nazis zudem als Umschlagplatz für die in anderen Ländern geraubten Goldreserven. Die Schweizerische Nationalbank übernahm auch Raubgold von der Reichsbank und half damit, die nationalsozialistische Kriegswirtschaft zu finanzieren.

Was trug die Armee im Zweiten Weltkrieg dazu bei, die Nazis davon abzuhalten, die Schweiz zu überfallen?

Die Schweiz war schlecht auf den Krieg vorbereitet. Aber der berühmte General Guisan war ein Kommunikationsgenie. Er machte aus der Réduitstrategie – dem Rückzug der Armee in den Alpenraum – ein ungeheuer wirkmächtiges Narrativ. Verschanzt im Gotthard hätte man diesen Teil der Schweiz im Fall eines Angriffs verteidigt – unter Preisgabe des Mittellands und der dortigen Bewohner. Die Tatsache, dass die Schweiz nicht überfallen wurde, sehen viele als Beleg für den Erfolg dieser Strategie. Dabei hätte es natürlich auch anders kommen können.

Im Ersten Weltkrieg sympathisierten viele Deutschschweizer mit Deutschland, viele Französischschweizer mit Frankreich. Welche Funktion hatte da die Neutralität für den inneren Zusammenhalt des Landes?

Gerade in diesem Moment wurde die Neutralität zum eigentlichen Kitt der Eidgenossenschaft. Man berief sich gemeinsam auf die Neutralität und verhinderte so den Bruch zwischen der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz. Die Neutralität erfüllte eine identitäts- und staatspolitische Funktion. Sie ermöglichte es, trotz unterschiedlicher kultureller und politischer Sympathien eine gemeinsame Position zu behaupten.

Die Neutralitätsinitiative soll der Schweiz verbieten, an Militär- und Verteidigungsbündnissen teilzunehmen und mit diesen zu kooperieren, solange kein Angriff droht. Was würde das für die Schweiz bedeuten? Für die Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit der Schweiz wäre das katastrophal.

Verteidigungsoperationen können nicht auf Knopfdruck funktionieren, sondern müssen lange vor dem Ernstfall eingeübt werden. Zudem taucht ein solches Kooperationsverbot im Völkerrecht gar nicht auf. Ein Staat darf sich vorbereiten für den Fall, dass er angegriffen wird. Und es ist auch klug, das zu tun, denn das signalisiert dem Angreifer: Deine Gegner werden unsere Freunde, und dann hast du ein größeres Problem. So hat man das in der Schweiz sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg auch gehandhabt. Noch vor 1939 gab es militärische Stabsabsprachen mit Frankreich für den Fall, dass die Wehrmacht in der Schweiz einmarschieren würde.

Der Kreml wirbt unverblümt für die Neutralitätsinitiative. Mit Desinformation und Propaganda greifen die Russen in den Abstimmungskampf ein, unter anderem über ihr in der Schweiz nicht verbotenes Sprachrohr Russia Today. Was sagen Sie dazu? Das zeigt jedenfalls sehr deutlich, wessen Interessen die Initiative objektiv dient.

Nutzt oder schadet die russische Einflussnahme den Initianten?

Es schadet ihnen, ganz klar.

Auch linke Pazifisten und Kommunisten unterstützen die Initiative – und damit ihren rechten Erzfeind SVP. Überrascht Sie das?

Seit Corona überrascht mich nichts mehr. Die extremen Pole finden in dieser Initiative wieder zusammen. Auch das sehr restriktive Kriegsmaterialgesetz, das den Partnern im Westen verbietet, einst in der Schweiz gekaufte Rüstungsgüter an die Ukraine weiterzugeben, ist durch eine unheilige Allianz von rechts und links zustande gekommen.

Die Gegner sagen, wer davor kneife, Sanktionen zu verhängen, mache die Schweiz zum Trittbrettfahrer einer internationalen Ordnung, von der sie selbst profitiert, und ein solcher Opportunismus sei moralisch fragwürdig und mit Blick auf die Schweizer Interessen auch außenpolitisch hochgefährlich. Ist diese Kritik berechtigt?

Ja, absolut. Christoph Blochers Initiative entspringt einer bestimmten Ideologie und hat sogar quasireligiöse Züge. Die Neutralität wird nicht mehr als ein flexibles politisches Instrument verstanden, sondern als unantastbares Glaubensbekenntnis.

Die Gegner sprechen von einer „Pro-Putin-Initiative“, die nur dazu diene, wieder ungehindert Geschäfte mit Kriegsherren, Diktaturen und Schurkenstaaten zu machen – wie einst mit dem Apartheid-Regime in Südafrika. Die Gold- und Handelsgeschäfte mit dem international zunehmend isolierten südafrikanischen Apartheid-Regime haben in den 1960er- und 70er-Jahren das Image der Schweiz schwer beschädigt. Im Außenministerium sah man diese Geschäfte deshalb kritisch. Aber letztlich überwogen die wirtschaftlichen Interessen. Die Neutralität war immer auch ein einträgliches Geschäftsmodell. Mittlerweile hat sie jedoch ein Eigenleben entwickelt: Sie soll strikt eingehalten werden, selbst wenn die Schweiz dadurch Sanktionen ihrer eigenen Partner in Kauf nehmen müsste.

Sie sagen, dass die Neutralität gerade dann erfolgreich war, wenn sie pragmatisch an die politischen Realitäten angepasst wurde. Können Sie dafür ein Beispiel geben?

für Verhandlungen, die von anderen Staaten moderiert werden. Wir stellen also die nötige Infrastruktur zur Verfügung. Die Guten Dienste verleihen der Schweizer Außenpolitik ein positives Etikett, dienen aber auch den eigenen Interessen, etwa durch privilegierte Gesprächskanäle.

Finnland und Schweden haben wegen des Ukraine-Kriegs ihre Neutralität aufgegeben und sind der NATO beigetreten. Was müsste passieren, damit die Schweiz den gleichen Schritt tut?

Die Schweiz hat einen geographischen Vorteil. Anders als Finnland und Schweden liegen wir nicht an der Grenze zu Russland. Umgeben von NATO-Staaten genießen wir den Luxus, von unseren Nachbarn gratis Sicherheit zu bekommen. Sollte sich trotz dieser komfortablen Lage abzeichnen, dass die Schweiz direkt angegriffen wird, müssten wir handeln und schleunigst der NATO beitreten. Doch das wäre leichter gesagt als getan. Unsere halbdirekte Demokratie ist sehr komplex und träge. Entscheidungsprozesse brauchen sehr viel Zeit – denken Sie nur daran, wie spät die Schweiz das Frauenstimmrecht eingeführt hat und wie spät sie den UN beigetreten ist.

Die Fragen stellte Johannes Ritter.